

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG  
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: [https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119\\_18891213](https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18891213)

## Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky  
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -  
Von-Melle-Park 3  
20146 Hamburg  
[auskunft@sub.uni-hamburg.de](mailto:auskunft@sub.uni-hamburg.de)  
<https://www.sub.uni-hamburg.de>





# Beilage zum Hamburger Echo Nr. 292.

Freitag, den 13. Dezember 1889.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße 44. — Verantwortlicher Redakteur: Otto Stolten in Hamburg.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Dezember.

35. Sitzung.

Die Beratung des Reichstags, Titel Unterbeamte, zu welchem die gestern mitgetheilten Entwürfe Richter, von Cw und Singer vorgetragen, wird fortgesetzt.

Cw (R.) legt den Entwürfen Richter und Singer nicht feindlich gegenüber, da auch diese Entwürfe die Verbesserung der Unterbeamten anstreben. Nachdem der Reichstag seit Jahren die Lage der Arbeiter durch Sozialreformengesetze zu bessern bemüht gewesen sei, halte er es jetzt für seine Aufgabe, auch die Lebenshaltung der beamteten Arbeiterklassen zu verbessern. Der Antrag Richter jedoch, der sich nur auf Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse bezieht, sei zu engberzigt, weil derselbe eine verhältnismäßige Behandlung von Cw und West zur Folge habe, also eine ungleichmäßige Verteilung der angebotenen Zulage in sich schließe. Auch die Begründung des Richter'schen Antrages mit den Lebensverhältnissen sei nicht ganz zureichend. Er gebe zu, daß einzelne Bedürfnisse durch die Zulage gedeckt werden seien, aber hinsichtlich der Zulage habe man von allen Lebensbedürfnissen, wie Richter und Singer behaupteten. Beispielsweise sei das nicht der Fall mit Waaren der Textilindustrie und mit Schahwerg. War manche Lebensbedürfnisse seien heute billiger als vor Jahrzehnten. Wegen den Antrag Singer spreche die Praxis, daß das Haus über die Ausgaben-Vorschläge der Regierung im Etat nie hinaudergehe. Es sei das eine weite Praxis. Die entgegen gesetzte Praxis, wie Singer sie vorschlägt, würde eine weitere Populäritätschance vermitteln, welches weiterer vorzüglicher Vorschläge auf Ausgabe-Erhöhung nach sich ziehen. Auch stieg diese Vorschläge nicht genügend vorbereitet zu sein, wie ja auch bei dem Singer'schen Antrage die Angabe der finanziellen Tragweite fehle. Er bitte deshalb um Annahme seiner Resolution. Der wesentliche Unterschied zwischen diesem seinem Antrage und denen Richter und Singers beste eben darin, daß er Vertrauen zu der Regierung habe, jene aber nicht. Und das sei das Traurige; jenes Mißtrauen erzeuge Unzufriedenheit im Volke. Dieser große Unterschied trenne ihn hauptsächlich von jenen.

West (RU.) erklärt mit Freude, er und seine Freunde seien mit der Grundtendenz der vorliegenden Entwürfe einverstanden. Die bestehende Lebenshaltung lasse sich nicht leugnen (Mitter: dort! dort!), wenn auch keine Anzeichen über die Ursachen der Lebenshaltung von denen der Herren zur Linken etwas abweichen. Auch meinten seine Freunde, es müsse den Unterbeamten sofort geholfen werden. Sie seien deshalb schon vor Kenntnis des Richter'schen Antrages übereingekommen gewesen, zu beantragen, die Regierungen zu ersuchen, noch vor der dritten Lesung einen Nachtrags-Etat einzubringen, durch welchen die Mittel für Zulagen an die Unterbeamten bereit gestellt würden, sowie in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch nachmal entsprechende Gehalts-Erhönungen in Aussicht zu nehmen seien. Die Einbringung des Antrages Richter habe jedoch keine Partei veranlaßt, von Einbringung ihres eigenen Antrages abzuleben, da sich ja doch in der Kommission Gelegenheit bieten werde, alle vorliegenden Entwürfe genau durchzuarbeiten. Er und seine Freunde stimmten daher der Bewilligung aller vorliegenden Entwürfe an die Wahlkommission zu.

Postmann (R.): Ich glaube trotz aller Sympathien für die Entwürfe, daß die Initiative zu Gehalts-Erhönungen der Regierung allein zusteht. Die Konservativen werden sich aber der Mitarbeit nicht enthalten. In der Kommission wird sich dann auch wohl die Notwendigkeit der Vorlage für andere Beamtenklassen herausstellen.

Windthorst (R.): Das Centrum ist überzeugt, die Lebenshaltung der Unterbeamten muß aufgehoben werden, doch auch in den mittleren Beamtenkategorien herrscht zum Theil schwere Bedrängnis, an der wesentlich die Lebenshaltung Schuld ist. In anderen Ressorts sind die Unterbeamten ebenfalls nicht mehr genügend besoldet und die Regierungen werden eingehend unterzucht werden müssen, wie hier zu helfen ist. Vor den erforderlichen Aufgaben darf man bei dem unabweisbar vorhandenen Mißstände nicht zurückweichen. Dagegen muß auf anderen Gebieten gespart und schon das jetzige Budget beschnitten werden.

Daumbach (R.): Ich konstatiere die allseitige den Unterbeamten entgegengebrachte Sympathie. Besonders freut mich der Antrag v. Cw, der beweist, daß auch die Agrarier dem Mißstand der Beamten begegnen wollen. Hoffentlich ist das der Beginn der Erkenntnis, daß die Lebenshaltung und der dadurch entstehende Mißstand der Beamten hauptsächlich durch die agrarischen Zulage herbeigeführt ist. Besonders erwähnen muß ich den Mißstand der Hilfsbeamten. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß Tausende von Beamten, die vollen Dienst haben mit unzulänglichen Hilfsbeamten besetzt sind. Herr v. Cw hat versichert, man dürfe Vertrauen zu den Regierungen haben, nun, das Verhalten, welches der Vertreter der Regierungen zu diesen Anträgen gestern eingenommen hat, berechtigt doch gewiß nicht zu solchem Vertrauen, sondern vielmehr zu Mißtrauen.

Carlost (R.): Ich richte an die preussische Regierung die Aufforderung, auch ihrerseits mit der so oft in den Thronreden verprochenen Gehaltsverbesserung vorzugehen. Nach der Auslegung, die Abg. v. Cw seinem Antrage gegeben hat, kann es scheinen, als ob die Lebenshaltung durch die Zulage hervorgerufen sei. Ich muß diese Annahme durchaus zurückweisen.

Singer behauptet, die von allen Seiten betonte Sympathie für die Unterbeamten wird in der Kommission nur eine platonische bleiben.

Kardorff (R.) befreit überhaupt das Vorhandensein einer Lebenshaltung. Nur der Standart von Lilo habe sich erhöht, und deshalb habe sich das Bedürfnis der Unterbeamten geltend gemacht.

Mitter: In der Kommission haben sich die Kartellparteien zu unserer Antrage durchaus ablehnend verhalten. Damit unsere Entwürfe nicht jetzt in der Kommission ein klüßes Begründnis erhalten, beantrage ich zugleich, den Statistat an die Kommission zu verweisen.

Kardorff: Das ist nicht erforderlich. Durch einen Nachtrags-Etat können ja etwaige Gehalts-Erhönungen herbeigeführt werden.

West: Ich befreite, daß die Nationalliberalen sich in der Kommission ablehnend verhalten haben.

Windthorst: Das Verhalten der Mehrheitsparteien hat in dieser Sache unsere gemeinsamen Arbeiten sehr beeinträchtigt. Wenn das so weiter geht, so können wir, die wie in der Minderheit sind, einfach einpacken.

Daumbach: Es ist in den Budgetkommissionen meinem Wunsch in der Richtung unseres Antrages direct von jener Seite widersprochen worden. Auch die Vertreter der Regierung verhielten sich ablehnend.

Nach einer längeren Auseinandersetzung über das Verhalten der einzelnen Parteien in dieser Frage, in der der Abg. Windthorst erklärt, daß er und seine Freunde bei den Wahlen alles thun würden, um gegen das Kartell zu wirken, schließt die Debatte.

Sobald wird beschloßen, die gesammelten vorliegenden Entwürfe nebst dem betreffenden Titel an die Kommission zu verweisen.

Bei Titel „Rechtsbehände bei den Oberpostdirektionen“ bringt Mitter zur Sprache, die Postverwaltung habe

dem Postwange eine Ausdehnung dahin gegeben, daß ein kleiner Leistungsspeditor in Erfurt neuerdings gebildet worden sei. Leistungen in eigener Person von Berlin nach Erfurt zu befördern.

Staatssekretär Stephan erwidert, es handle sich hier nicht da loco ferenda, sondern da loco lata. Die Postverwaltung hat nach den gesetzlichen Bestimmungen das Recht und die Pflicht, eine solche Umgründung des Postgesetzes zu verhindern.

Mitter: Die „Köln. Zig.“ verbreitet ihre Exemplare in ganz ähnlicher Weise über den zweimeiligen Umkreis hinaus. Es muß aber hier die Antragung gegeben werden, nötigenfalls solche Geleise zu ändern, welche solche Verbote erlauben.

Staatssekretär Stephan: Ob die Sache bei der „Köln. Zig.“ ebenso liegt, bedarf noch der Untersuchung.

Schmidt-Eberfeld (R.): Wenn so, Herr Staatssekretär, die betreffenden Personen in der Nachbarschaft Köln nennen sich allerdings „Wagnereu“ der „Köln. Zig.“, sind aber thatsächlich ebenso selbständige Expeditionen wie der in Erfurt.

Staatssekretär Stephan: Ich kenne so, dann wird auch dagegen eingeschritten werden.

Mitter: Am Einschreiten liegt und gar nichts (Zweiter: es liegt und gar nichts daran, der „Köln. Zig.“ den Abfall zu erschwern, wir wollen im Gegentheil, daß diese ganze heimliche Praxis beseitigt wird. Der Titel wird genehmigt.)

Bei einem andern Titel bringt Mitter zur Sprache, daß nach einer ihm vorliegenden Postkarte die sächsisch-schwarzburgerliche Postfreiheit auch auf eine schlesisch-sachsen-sächsische Postkarte übertragen werden sollte. Die betreffende Postkarte enthalte Nachrichten über einen Kältehandel. (Zweiter: Das soll nun die portofreie Korrespondenz des Fürsten von Schwarzburg sein. Es sei doch besser, um allen Differenzen über Postfreiheit der Fürsten vorzugeben, diese Postfreiheit abzuleben. Es liegt das auch im Interesse der sächsischen Würde.)

Direktor Mitter bemerkt, daß jene Korrespondenz nach den bestehenden Bestimmungen allerdings portofrei sei.

Bei den dauernden Ausgaben der Ordinariums entstehen weitere Debatten nicht.

Es folgen die einmaligen Ausgaben. Die ersten Titel werden debattelos nach den Anträgen der Kommission erledigt.

Bei Titel 6, Postgrundstück in Frankfurt a. M., beantragt die Kommission die als dritte Rate und erste Rate geforderten M. 585 000 zu bewilligen.

Dazu legt ein Antrag Quast-Ferrenberg vor, die Worte „und erste Rate“ zu streichen und nur M. 285 000 zu bewilligen.

Zur Geschäftsordnung beantragt Wehll-Walchow (R.) den Statistat nebst dem Antrage Quast-Ferrenberg an die Wahlkommission zurückzuweisen.

Mitter widerspricht dem und bittet, doch zuvor eine Diskussion über diese Postition zu lassen.

Nach kurzer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag Wehll angenommen und der Titel nebst dem Antrage Quast an die Budget-Kommission zurückverwiesen.

Die übrigen Titel der „Einmaligen Ausgaben“ werden debattelos nach den Anträgen der Kommission erledigt.

Es folgen die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung.

Bei Titel 1 beantragt Daumbach, die Regierungen zu ersuchen, die Einrichtung treffen zu wollen, daß für Stadtbriefe allgemein eine Taxe von nur 5 Pf. erhoben

werde. Weiter beantragt derselbe eine zweite Resolution, die Regierungen zu ersuchen, auf eine Verabreichung der Vergütung für den Fernsprechverkehr in kleinen Ortschaften Bedacht zu nehmen.

Daumbach: Zur Begründung der ersten Resolution führe ich das Verkehrsbedürfnis an. Ein Einnahmehausfall wird kaum entstehen mit Rücksicht auf die zu erwartende Steigerung des Briefverkehrs. Für die in der zweiten Resolution gewünschte Gebührenerhöhung spricht der Umstand, daß der Nutzen, den man in kleineren Ortschaften von dem Fernsprechverkehr hat, ein kleinerer ist als in Berlin in Folge der kleineren Entfernungen.

Staatssekretär Stephan: Ich bin gegen die erste Resolution, die sich nur auf Berlin bezieht, weil nur noch in Berlin das Stadtbriefporto 10 Pf. beträgt; der zu erwartende Einnahmehausfall würde 1 Million betragen. Wer billiger korrespondieren will, kann ja zur Postkarte greifen. In Paris und London ist das Briefporto ebenso hoch wie in Berlin. Wegen die zweite Resolution mache ich geltend, daß es sehr schwer sein dürfte, eine Grenze zu ziehen, wo die kleinen Ortschaften beginnen sollen. Es würden der Annahme dieser Resolution gar zu zahlreiche Reklamationen folgen von Orten, die im Sinne dieses Antrages ebenfalls als kleine angesehen sein wollen. Nach Lage der Sache mit Rücksicht auf die Unkosten und auf den Verlust an Einnahmen aus dem telegraphischen Verkehr könnte man die Fernsprechgebühren eher an großen Orten herabsetzen.

Schmidt-Eberfeld: Mit Rücksicht auf die letztere Aeußerung des Staatssekretärs würde es vielleicht am besten sein, in dem Antrage Daumbach die Worte: „in kleineren Ortschaften“ zu streichen, so daß es hieße: „auf generelle Verabreichung der Fernsprechgebühren Bedacht zu nehmen.“ Es ist das am so eher zulässig, als das im Fernsprechverkehr angelegte Kapital sich durchschnittlich mit 12 p. J. verzinst.

Staatssekretär Stephan wendet hiergegen ein, daß in England und Amerika der Fernsprechverkehr 3—4 Mal so theurer ist, als hier.

Schauer (RU.) empfiehlt die zweite Resolution Daumbach im Interesse der kleineren Leute, hinter dem das fiskalische Interesse zurücktreten muß.

Stromberg (R.) spricht sich für die erste Resolution aus.

Schmidt-Eberfeld bemängelt ferner die im Vergleich zum Auslande übergroße Höhe der Nachnahmegebühren.

Staatssekretär Stephan giebt zu, daß eine Revision des Tarifs der Nachnahmegebühren möglich sei; es seien auch schon Erhebungen nach dieser Richtung hin gemacht. Die beiden Resolutionen Daumbach werden abgelehnt, Titel 1 bewilligt.

Bei einem weiteren Titel beantragt Schmidt-Eberfeld eine Resolution, das Wehllgeld für Gebungen mit Werthangabe, auch Postanweisungen auf den Betrag des Ortshelldelges herabzusetzen.

Staatssekretär Stephan erhebt gegen den Antrag das finanzielle Bedenken, es würde bei der Verabreichung des Wehllgeldes ein Ausfall der Einnahmen von M. 778 000 und eine Mehrausgabe von 1 Million entstehen, da alsdann die Landbewohner sich ihre Werthleistungen sämtlich überbringen, statt von Ortsbesitzern abholen lassen würden.

Die Resolution wird abgelehnt.

Der Titel wird genehmigt. Weitere Debatten entstehen beim Postetat nicht. Sodann wird der Etat der Reichsbank debattelos genehmigt.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr. Tagesordnung: Anträge, darunter der Expatriationsantrag Windthorst.

## Aus dem Vereinsleben.

(Die Schriftführer des Vereins werden gebittet, nur schmales Papier zu geben und auf einer Seite zu beschreiben. S. 10)

Verband deutscher Zimmerleute, Verband Daumbach. Versammlung am 4. Dazb. Tagesordnung: 1) Besprechung über zwei ausgeführte Mitglieder (Zimmermann und Culpau). In Zimmermann machte der Vorsitzende bekannt, die Angelegenheit dem Hauptvorstande unterbreitet sei, welche die Entscheidung über dem Vorstandsband überlassen habe. Es entspinnt sich hierüber eine U. Debatte, in welcher der Antrag gestellt wird, daß Zimmermann wieder aufgenommen werden kann, wenn er Schulden bezahlt und seinen Verpflichtungen betreffend Waren nachkommt. In Sachen Culpau entspinnt ebenfalls eine längere Debatte, in welcher der Antrag gestellt wird, denselben wieder aufzunehmen. Antrag wurde per Affirmation angenommen. 2) Besprechung über ein Stiftungsgeld. Es wird die Entscheidung abgehalten; hierzu wird eine Kom. gewählt, bestehend aus den Kameraden Westf., S. 1, S. 2, S. 3, S. 4, S. 5, S. 6, S. 7, S. 8, S. 9, S. 10, S. 11, S. 12, S. 13, S. 14, S. 15, S. 16, S. 17, S. 18, S. 19, S. 20, S. 21, S. 22, S. 23, S. 24, S. 25, S. 26, S. 27, S. 28, S. 29, S. 30, S. 31, S. 32, S. 33, S. 34, S. 35, S. 36, S. 37, S. 38, S. 39, S. 40, S. 41, S. 42, S. 43, S. 44, S. 45, S. 46, S. 47, S. 48, S. 49, S. 50, S. 51, S. 52, S. 53, S. 54, S. 55, S. 56, S. 57, S. 58, S. 59, S. 60, S. 61, S. 62, S. 63, S. 64, S. 65, S. 66, S. 67, S. 68, S. 69, S. 70, S. 71, S. 72, S. 73, S. 74, S. 75, S. 76, S. 77, S. 78, S. 79, S. 80, S. 81, S. 82, S. 83, S. 84, S. 85, S. 86, S. 87, S. 88, S. 89, S. 90, S. 91, S. 92, S. 93, S. 94, S. 95, S. 96, S. 97, S. 98, S. 99, S. 100.

Der Nachverein der Vergolder Camm hielt am 7. d. Mts. eine gute Besprechung. Nach Protokollverlesung und Einfallung der U. sollte der Bericht der Arbeits- und Lohnausschüsse erfolgen, aber wegen der verschiedenartigen Aufstellungen konnte die Kommission kein festes Resultat feststellen. Der dritte Theil der Kollegen einen Lohn von M. 18 bei zehnjähriger Arbeitszeit haben ein ganz geringer Verdienst. Ein halbwegs guter Lohn von M. 21—22 hat, wurde konstatiert. Für Abg. der Sonntagsarbeit waren sämtliche Kollegen, wurde noch konstatiert, daß einige Kollegen, die Verein fernhalten, sich weigerten, die U. auszuüben. Bei Angelegenheiten des Vereins ergriff der U. zum Vergolder-Kongress, welcher am 26. und 27. Mts. in Brandenburg stattfand, hat und führte an, daß ursprünglich die Kongressangelegenheit auf der heutigen Tagesordnung stand, aber von der Vollversammlung gestrichen wurde, jedenfalls, weil die betretende Vorsitzende bei der Annahme der U. einen Fehler begangen habe. Folglich darf in der Versammlung über diese Frage nicht diskutiert werden und ersucht Redner die Kollegen, ihm ihre Wünsche mitzutheilen. Zugleich ersuchte er, die fernbleibenden Kollegen aufzufordern, dem Verein beizutreten. U. wurde den ausgesprochenen Formern Summe von M. 30 bewilligt. Der Schriftführer

helt am 7. d. Mts. eine gute Besprechung. Nach Protokollverlesung und Einfallung der U. sollte der Bericht der Arbeits- und Lohnausschüsse erfolgen, aber wegen der verschiedenartigen Aufstellungen konnte die Kommission kein festes Resultat feststellen. Der dritte Theil der Kollegen einen Lohn von M. 18 bei zehnjähriger Arbeitszeit haben ein ganz geringer Verdienst. Ein halbwegs guter Lohn von M. 21—22 hat, wurde konstatiert. Für Abg. der Sonntagsarbeit waren sämtliche Kollegen, wurde noch konstatiert, daß einige Kollegen, die Verein fernhalten, sich weigerten, die U. auszuüben. Bei Angelegenheiten des Vereins ergriff der U. zum Vergolder-Kongress, welcher am 26. und 27. Mts. in Brandenburg stattfand, hat und führte an, daß ursprünglich die Kongressangelegenheit auf der heutigen Tagesordnung stand, aber von der Vollversammlung gestrichen wurde, jedenfalls, weil die betretende Vorsitzende bei der Annahme der U. einen Fehler begangen habe. Folglich darf in der Versammlung über diese Frage nicht diskutiert werden und ersucht Redner die Kollegen, ihm ihre Wünsche mitzutheilen. Zugleich ersuchte er, die fernbleibenden Kollegen aufzufordern, dem Verein beizutreten. U. wurde den ausgesprochenen Formern Summe von M. 30 bewilligt. Der Schriftführer

helt am 7. d. Mts. eine gute Besprechung. Nach Protokollverlesung und Einfallung der U. sollte der Bericht der Arbeits- und Lohnausschüsse erfolgen, aber wegen der verschiedenartigen Aufstellungen konnte die Kommission kein festes Resultat feststellen. Der dritte Theil der Kollegen einen Lohn von M. 18 bei zehnjähriger Arbeitszeit haben ein ganz geringer Verdienst. Ein halbwegs guter Lohn von M. 21—22 hat, wurde konstatiert. Für Abg. der Sonntagsarbeit waren sämtliche Kollegen, wurde noch konstatiert, daß einige Kollegen, die Verein fernhalten, sich weigerten, die U. auszuüben. Bei Angelegenheiten des Vereins ergriff der U. zum Vergolder-Kongress, welcher am 26. und 27. Mts. in Brandenburg stattfand, hat und führte an, daß ursprünglich die Kongressangelegenheit auf der heutigen Tagesordnung stand, aber von der Vollversammlung gestrichen wurde, jedenfalls, weil die betretende Vorsitzende bei der Annahme der U. einen Fehler begangen habe. Folglich darf in der Versammlung über diese Frage nicht diskutiert werden und ersucht Redner die Kollegen, ihm ihre Wünsche mitzutheilen. Zugleich ersuchte er, die fernbleibenden Kollegen aufzufordern, dem Verein beizutreten. U. wurde den ausgesprochenen Formern Summe von M. 30 bewilligt. Der Schriftführer

helt am 7. d. Mts. eine gute Besprechung. Nach Protokollverlesung und Einfallung der U. sollte der Bericht der Arbeits- und Lohnausschüsse erfolgen, aber wegen der verschiedenartigen Aufstellungen konnte die Kommission kein festes Resultat feststellen. Der dritte Theil der Kollegen einen Lohn von M. 18 bei zehnjähriger Arbeitszeit haben ein ganz geringer Verdienst. Ein halbwegs guter Lohn von M. 21—22 hat, wurde konstatiert. Für Abg. der Sonntagsarbeit waren sämtliche Kollegen, wurde noch konstatiert, daß einige Kollegen, die Verein fernhalten, sich weigerten, die U. auszuüben. Bei Angelegenheiten des Vereins ergriff der U. zum Vergolder-Kongress, welcher am 26. und 27. Mts. in Brandenburg stattfand, hat und führte an, daß ursprünglich die Kongressangelegenheit auf der heutigen Tagesordnung stand, aber von der Vollversammlung gestrichen wurde, jedenfalls, weil die betretende Vorsitzende bei der Annahme der U. einen Fehler begangen habe. Folglich darf in der Versammlung über diese Frage nicht diskutiert werden und ersucht Redner die Kollegen, ihm ihre Wünsche mitzutheilen. Zugleich ersuchte er, die fernbleibenden Kollegen aufzufordern, dem Verein beizutreten. U. wurde den ausgesprochenen Formern Summe von M. 30 bewilligt. Der Schriftführer

helt am 7. d. Mts. eine gute Besprechung. Nach Protokollverlesung und Einfallung der U. sollte der Bericht der Arbeits- und Lohnausschüsse erfolgen, aber wegen der verschiedenartigen Aufstellungen konnte die Kommission kein festes Resultat feststellen. Der dritte Theil der Kollegen einen Lohn von M. 18 bei zehnjähriger Arbeitszeit haben ein ganz geringer Verdienst. Ein halbwegs guter Lohn von M. 21—22 hat, wurde konstatiert. Für Abg. der Sonntagsarbeit waren sämtliche Kollegen, wurde noch konstatiert, daß einige Kollegen, die Verein fernhalten, sich weigerten, die U. auszuüben. Bei Angelegenheiten des Vereins ergriff der U. zum Vergolder-Kongress, welcher am 26. und 27. Mts. in Brandenburg stattfand, hat und führte an, daß ursprünglich die Kongressangelegenheit auf der heutigen Tagesordnung stand, aber von der Vollversammlung gestrichen wurde, jedenfalls, weil die betretende Vorsitzende bei der Annahme der U. einen Fehler begangen habe. Folglich darf in der Versammlung über diese Frage nicht diskutiert werden und ersucht Redner die Kollegen, ihm ihre Wünsche mitzutheilen. Zugleich ersuchte er, die fernbleibenden Kollegen aufzufordern, dem Verein beizutreten. U. wurde den ausgesprochenen Formern Summe von M. 30 bewilligt. Der Schriftführer



Überfeld.

11. Dezember.
Der Herr Oberfeld...
Der Herr...
Der Herr...

Wollunghoff: Mein...
Wollunghoff: Mein...
Wollunghoff: Mein...

Aus dem Gerichtssaal.

Verhandlungen des Senats zu Hamburg.

12. Dezember.
Verhandlungen des Senats zu Hamburg.
Verhandlungen des Senats zu Hamburg...

Aus dem Vereinsleben.

Verhandlungen des Senats zu Hamburg.

12. Dezember.
Verhandlungen des Senats zu Hamburg.
Verhandlungen des Senats zu Hamburg...

Neueste Nachrichten.

12. Dezember.
Neueste Nachrichten.
Neueste Nachrichten...

Briefkasten.

Abonnement in Walthausen. In Preußen ist das Spielen in auswärtigen Lotterien verboten. Als solche gilt auch die Hamburger Stadt-Lotterie.
Schleier. Wenn ein Weibchen ein Verfalltete nicht zur Jahlung präsentiert wird, verliert er binnen 3 Tagen seine Mitgliedschaft und die Forderung gilt als gänzlich erloschen.

Vertrieb Wilhelm Wohlgehirn mit Frau Corotina Heberlein Vertrieben.

Stadtdamir Nr. 2.
Heinrich Wilhelm Wohlgehirn mit Frau Corotina Heberlein Vertrieben.
Stadtdamir Nr. 3.
Michael Oettershauer mit Gertrude Charlotte Margarete Oettershauer, genannt Schumann.
Stadtdamir Nr. 10.
Peter Carlsson mit Frau Maria Amanda Petri.

Oeffentliche Versammlung der Maurerarbeitenleute Hamburgs

am Sonntag, den 15. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Wendt, Neust. Neustr. 20.
Die erzielte war eine einseitige Organisation?
Der Einberufer.
arbeitende bringen eingeladen.

Zentral-Krankens- und Sterbe-Kasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Verammlung der in St. Pauli wohnenden Mitglieder obiger Kasse am Montag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kolthausen, Thalstraße 95-97.
1) Bericht einer örtlichen Verwaltungskommission für St. Pauli. 2) Wahl der Ortsverwaltung.

Verammlung der in Alsbüttel wohnenden Mitglieder obiger Kasse

am Dienstag, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kolthausen, Thalstraße 95-97.
1) Bericht einer örtlichen Verwaltungskommission für Alsbüttel. 2) Wahl der Ortsverwaltung.

Fachverein der Töpfer Hamburgs. Mitglieder-Verammlung

am Montag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Herrn Diehl, Gr. Neust. Neustr. 27.
1) Abarbeitung der Sitzungsbücher. 2) Die Stellung der freien Gassen für den Arbeiter-Konsumverlag. 3) Besprechung über ein Sommervergnügen. 4) Die Uebelstände in unserer Gewerbe.

Arbeitsmarkt. Gesucht einige Holzspannwerker.

W. W. Timm, Bergstraße.
Hilf. Holz. 11.
Hilf. Holz. 12.
Hilf. Holz. 13.

Auktionen. 13. Dezember.

9 1/2 Uhr: St. Pauli, Lager, 1. Hülser.
10 - Alsterbühnen 9, 9. Auktionswaren.
10 - Alsterbühnen 20, 20. Auktionswaren.

Meteorologische Beobachtungen.

Thermometer (M) Baromet. Wind. Windgeschw.
11.12.1890.
+ 2.5 + 75. 1.4 18.1.6 NWW Nebel.

Mitglieder-Verammlung.

am Sonntag, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, im Stadtdamir Nr. 2.
1) Bericht des Protokolls der öffentlichen Mitglieder-Verammlung vom 2. Tage. 2) Der Bericht der öffentlichen Verammlung und wie verhält sich der Verein dazu? 3) Antrag Radtke: Die freiwilligen Beiträge in obligatorische Beiträge umzuwandeln.

In der oben angeführten Sitzung 1. Klasse 297. Hamburger Lotterie wurden folgende Nummern meiner Kollekte entziffert:

Table with columns for ticket numbers and amounts. Includes entries like 'Nr. 18915 mit A. 150', 'Nr. 2352 mit A. 150', 'Nr. 16755 mit A. 100'.

Verkaufsstelle von Meterbüchsen.

Ludwigstraße 1, Keller.
Wergasse bei Strand 60 und 70.
Wergasse bei Strand 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.

F. Schleiss Steinstr. 63.

Thalstrasse 63.
Thalstrasse 63.
Thalstrasse 63.

Schuhwaren, C. Schmidt, Neust. Neuerweg 4.

Spezial-Geschäft für Herren-Arbeiter-Schuhung.
Das Lager der D. Vogel'schen Nonfurs-gerichtlich.

„Goldene 9“.

Grankeller, Ecke Alsbüttelmarkt, in erster und zweiter Etage.
Goldene 9.

Liebkechts Fremdwörterbuch.

Deutscher Handwerker- u. Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1890.
J. N. W. Dietz's Buchhandlung, Gr. Theaterstr. 44.

St. Pauli's dritteltes Pfand-Leih-Haus.

Deutscher Handwerker- u. Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1890.
J. N. W. Dietz's Buchhandlung, Gr. Theaterstr. 44.

Vertical text on the far right edge of the page, including 'Nr. 26' and various small notices.